



Ausschuss für Schule und Weiterbildung

27. Sitzung (öffentlich)

27. November 2002

Düsseldorf – Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 13.50 Uhr

Vorsitz: Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU)

Stenografin: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2003 (Haushaltsgesetz 2003) und Gesetz zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen (Beihilfenverordnung -BVO)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 13/2800 und 13/3150

**Einzelplan 05 - Ministerium für Schule, Wissenschaft und
Forschung**

Bereich Schule und Ministerium
Vorlage 13/1648

**Einzelplan 15 - Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation
und Technologie**

Bereich Weiterbildung
Vorlagen 13/1662 und 13/1663

In Verbindung damit:**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2003 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2003**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/2802

1

Nach der generellen Aussprache berät der Ausschuss die von den Fraktionen vorgelegten Änderungsanträge, die von den Sprechern zunächst erläutert werden. Zu den Einzelberatungen wird auf Drucksache 13/3305 und die darin enthaltene Vorlage 13/1917 sowie auf Drucksache 13/3315 und die darin enthaltene Vorlage 13/1942 verwiesen.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung stimmt dem Entwurf des Einzelplans 05 - Bereich Schule - in der Fassung der beschlossenen Änderungsanträge mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion zu.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung stimmt dem Entwurf des Einzelplans 15 - Bereich Weiterbildung - in der Fassung der beschlossenen Änderungsanträge mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion zu.

Sodann stimmt der Ausschuss für Schule und Weiterbildung dem Entwurf des Einzelplans 20 - Allgemeine Finanzverwaltung -, soweit er die Zuständigkeit des Ausschusses betrifft, mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion zu.

2 AVO zu § 5 SchFG für das Schuljahr 2003/2004

Vorlage 13/1796

30

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung stimmt der AVO zu § 5 SchFG für das Schuljahr 2003/2004 - Vorlage 13/1796 - mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion zu.

3 Gesetz zur Aufhebung des Hochschulgebührengesetzes, zur Einführung von Studienkonten und zur Erhebung von Hochschulgebühren (Studienkonten- und -finanzierungsgesetz - StKFG) sowie zur Änderung des Hochschulgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 13/3023

Vorlage 13/1705

30

Dieser Tagesordnungspunkt wird vertagt.

4 Gesetz zur Änderung des § 45 Schulordnungsgesetz (SchOG)

Gesetzentwurf

der Fraktion der SPD

der Fraktion der CDU

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 13/3064

31

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung stimmt dem Antrag Drucksache 13/3064 einstimmig zu.

5 Gesetz zur Änderung des Schulpflichtgesetzes (SchPflG)

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 13/3065

Vorlagen 13/1772 und 13/1782

6 Sportunterricht an allgemein bildenden Schulen stärken

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 13/2370

Vorlage 13/1777

7 Schülerinnen und Schüler an den Schulen für Lernbehinderung besser fördern

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2376

In Verbindung damit:

Sonderschulen stärken

Entschließungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/2437

Die Beratung über die Tagesordnungspunkte 5 bis 7 wird vertagt.

Berichtigung des APr 13/683

In dem Protokoll über die 26. Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung - 8. Weiterbildungskonferenz Nordrhein-Westfalen - vom 30. Oktober 2002 muss es in dem Beitrag von Ursula Schmidt-Bichler (Landesarbeitsgemeinschaft für eine andere Weiterbildung e. V.) auf Seite 7, letzter Absatz, heißen:

"Das Bildungswerk Multi Kulti ist eine so genannte Kleinsteinrichtung mit einer **HpM-Stelle.**"

Sie habe mit den Trägern der Weiterbildung Gespräche geführt. Diese nähmen die fünfprozentige Kürzung zur Kenntnis. Sie wüssten, dass ihre Begehren in Konkurrenz zu kommunalen Erziehungsberatungsstellen, zu Frauennotrufen stünden, in denen es um Gewalt gegen Frauen gehe. So könne man mehr Verständnis für diese Kürzungen erreichen. Das gehöre auch zu einer bildungspolitischen und finanzpolitischen Haushaltsdebatte dazu.

Ralf Witzel (FDP) hält fest, die FDP setze ihre zentralen Prioritäten im Bildungsbereich. Von daher seien die Vorschläge auch glaubwürdig. In anderen Politikfeldern des Landes wie im Umweltbereich würden Kürzungen vorgeschlagen. Angesichts knapper Kassen müssten Prioritäten gesetzt werden. Dann dürfe man eben nicht mehr 100 Radstationen mit Landesmitteln bauen, auch nicht diesen oder jenen Krötenwandertunnel. Die FDP gebe den Vorrang für die Bildung. Das Haushaltskonzept sei abgestimmt.

2 AVO zu § 5 SchFG für das Schuljahr 2003/2004

Vorlage 13/1796

Der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** stimmt der AVO zu § 5 SchFG für das Schuljahr 2003/2004 - **Vorlage 13/1796** - mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion zu.

3 Gesetz zur Aufhebung des Hochschulgebührengesetzes, zur Einführung von Studienkonten und zur Erhebung von Hochschulgebühren (Studienkonten- und -finanzierungsgesetz - StKFG) sowie zur Änderung des Hochschulgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/3023
Vorlage 13/1705

Manfred Degen (SPD) vertritt die Meinung, dass der Ausschuss keine Stellungnahme abgeben sollte, da er nicht unmittelbar betroffen sei.

Ralf Witzel (FDP) erwidert, der Landtag habe den Ausschuss beauftragt, sich mit dem Gesetzentwurf zu befassen. Der Bildungsausschuss befasse sich auch mit Gender-Mainstreaming, weil er angeblich unmittelbar betroffen sei. Da es in Zeiten von PISA um Zugangschancen zur Bildung, um den Übertritt von Schulabsolventen in den weiterführenden Bereich gehe - er denke auch an die Studienkollegs zur Vorbereitung von Schülern auf die Hochschulreife -, sollte hier anders entschieden werden.

Vorsitzender Dr. Heinz-Jörg Eckhold erklärt sich bereit, den Punkt erneut auf die Tagesordnung zu setzen.